

Jenseits der Nationen

Nationen gehören abgeschafft. Aber was kommt danach? Eine transnationale Demokratie? Ein Europa von unten? Kurzer Überblick zur WOZ-Serie über den Nationalismus¹ und ein paar anstehende Fragen.

Von Stefan Howald

Bunte Wandmalereien schmücken das Haus, mitten in einer grauen Häuserzeile an der Josefstrasse in Zürich, und über der Eingangstür hängt ein Transparent: «Grenzen weg. Planetenweit».

Aber die Grenzen verschwinden gegenwärtig nicht, sondern werden verstärkt, geschlossen. Zäune und Wälle werden hochgezogen, um die EU, um die USA, um die Schweiz.

Mit den Grenzen befestigt sich der Nationalismus. Die Eurokrise wurde auf Kosten der kleineren Mitgliedsländer abgewickelt. In der EU-Flüchtlings- und Migrationspolitik werden die nationalen Interessen in Anschlag gebracht, scheint eine von allen Regierungen getragene Politik nicht mehr machbar. Zugleich ist es denkbar geworden, dass Britannien im Juni den Austritt aus der Europäischen Union beschliesst. Zerfällt also das grösste postnationale Projekt des 20. Jahrhunderts?

Nationalismus: überholt, zurückgekehrt

Dabei gehören Nationen zweifellos abgeschafft. Der Nationalismus vernagelt die Köpfe und hat die Menschheit in zahllose Krisen und Kriege gestürzt, wie Yves Wegelin in der WOZ Nr. 15/15 eindringlich belegt hat. Einerseits.

Andererseits befördert gegenwärtig ein «linker Nationalismus» soziale Fortschritte gegen autoritäre Zentralregierungen, wie Raul Zelik in der WOZ Nr. 2/16 plausibel argumentiert hat.

Und mittendrin bleibt der Nationalstaat vorläufig ein unerlässlicher Rechtsraum und ein politisches Kampfterrain.

¹ Veröffentlicht vom April 2015 bis Januar 2016, siehe www.woz.ch/d/nationalismus.

Nationalstaat und Nation sind seit dem 19. Jahrhundert untrennbar mit der Staatsbürgerschaft verbunden, gemäss zweier unterschiedlicher Prinzipien. Das Jus soli («Recht des Bodens») verleiht die BürgerInnenschaft nach dem Geburtsort, klassisch repräsentiert vom Einwandererland USA. Das Jus sanguinis («Recht des Bluts») bestimmt die BürgerInnenschaft nach der Herkunft, wie es im republikanischen Frankreich und im volkstümelnden Deutschland galt, bis vor zwanzig Jahren in beiden Ländern Modifikationen vorgenommen wurden. Die Schweiz ist, wieder einmal, ein Kompromiss. Da sie sich offiziell aus vier sprachlich und kulturell unterschiedlichen Gruppen zusammensetzt, kann das jus sanguinis nicht als offizielle Staatsdoktrin propagiert werden. Im Innern nicht vollkommen homogen, wird das Staatsbürgerrecht gegen aussen mit scharfen Einbürgerungsgesetzen abgeschottet. So entrechtet der «multiethnische Nationalismus» der Schweiz einen Viertel ihrer Bevölkerung.

Quer zum Prinzip, wer überhaupt StaatsbürgerIn sei, wird die Staatsbürgerschaft kulturell unterschiedlich aufgefasst. In Deutschland ist sie zuweilen autoritär eingebunden: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Der französische citoyen, und die angelsächsischen citizens haben dagegen stolze politische Rechte, entsprechend werden Citoyenneté und citizenship aktiver gedacht.

Globalisierung: vorwärts, Marschhalt

Nationalistisches Denken schien in der Nachkriegszeit politisch zunehmend obsolet, und die Macht der Nationalstaaten wurde durch die Globalisierung ausgehöhlt. Die Entwicklung vollzog sich ökonomisch schneller als politisch oder sozial. Selbst die wirtschaftliche Globalisierung ist kein einheitlicher Prozess; im Weltwirtschaftssystem hat sich die klare Trennung von Zentrum und Peripherie verwischt.

Das zeigt sich am Wandel der multinationalen Unternehmen zu transnationalen Konzernen. Als Multis betrieben hierarchisch geordnete Unternehmen vom Stammsitz aus Tochtergesellschaften in anderen Ländern. Transnationale Konzerne sind dagegen nicht einfach in verschiedenen Ländern tätig, sondern haben ihre vertikal gegliederte Wertschöpfung nach einzelnen Ländern differenziert und schaffen damit eine neue, vielfach vernetzte, global integrierte Wirtschaftsstruktur. Einerseits verfeinert und verschärft sich dadurch die Arbeitsteilung im Weltmassstab, andererseits vollzieht sie sich nicht mehr (nur) zwischen den Nationen, sondern (auch) innerhalb dieser. In den Zentren des globalen Weltwirtschaftssystems sind periphere Sektoren mit Niedriglöhnen, Wohnungsnot und

sozialer Prekarisierung entstanden; umgekehrt haben sich in der bisherigen Peripherie glitzernde freie Investitionszonen und superreiche Gesellschaftsschichten herausgebildet.

Dabei funktioniert der Weltmarkt aller neoliberaler Rhetorik zum Trotz nicht naturwüchsig, sondern ist auf globale wirtschaftspolitische Institutionen wie die Welthandelsorganisation (WTO) oder die Weltbank angewiesen. Rund 3000 bilaterale Investitionsschutzabkommen bilden ein Netz von Verpflichtungen, das sich über den Globus spannt und in dem eine eigene Gerichtsbarkeit gilt. Der 1965 geschaffene Schiedsgerichtsmechanismus des International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID) hat in den letzten Jahren enorm an Bedeutung genommen. Die Organisation operiert unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ihre zumeist unternehmensfreundlichen Urteile können Staaten in den Ruin treiben. Mit dem seit 2013 verhandelten Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP, transatlantisches Freihandelsabkommen) zwischen den USA und EU soll diese Weltwirtschaftsordnung weiter verfestigt werden. Doch das nach Vorbild des ICSID geplante Schiedsgerichtsverfahren ist von der zivilgesellschaftlichen Opposition zu einem zentralen Streitpunkt gemacht worden.

Nationale Politik und globale Strukturen verschränken sich je nach gesellschaftlicher Sphäre unterschiedlich. Wirtschaftspolitisch ist der nationale Spielraum stetig kleiner geworden. Das ist der geflissentlich übertünchte Widerspruch des nationalistischen Neoliberalismus à la Blocher-SVP. Auch in Britannien schwafeln UKIP-Chef Nigel Farage oder Londons Bürgermeister Boris Johnson von der «nationalen Souveränität», die es zurück zu gewinnen gelte, obwohl sie längst dem Finanzplatz ausgeliefert ist. Umgekehrt ist das auch der Widerspruch des nur national gedachten Staatsinterventionismus der Gewerkschaften.

Sozialpolitik wird dagegen noch immer weitgehend national umgesetzt, obwohl im EU-Raum durch die EU-Sozialagenda und bestimmte Entscheide des Europäischen Gerichtshofs der EU (EuGH) supranationale – eher fortschrittlichere – Tendenzen zu verzeichnen sind. Nicht zufällig war die Sozialpolitik der symbolische Raum, für den BritInnen gegenüber der EU ihre «Souveränität» einklagten, und zugleich haben die – minimalen – Zugeständnisse, die Premierminister David Cameron bekommen hat, reale Konsequenzen für die Betroffenen. Die Politik im engeren Sinn ist ebenso ambivalent. In der EU geht die grössere Integration gegen innen mit stärkerer Abschottung gegen aussen einher. Zugleich stehen im Innern zentralisierende, autoritäre Tendenzen gegen bescheidene Aufwertungen der demokratischen Mitsprache.

Von einem «nationalen Alltag» sprechen zu wollen, ist dagegen sinnlos. Noch so viele Buurezmorge und Taschen mit Schweizerkreuzen und Bratwürste ändern nichts daran, dass

auch SVP-AnhängerInnen in Deutschland billiger einkaufen gehen, das Plastiktischtuch für die Grillparty zum 1. August aus der Slowakei stammt und das Handy mit Blut-Coltan aus dem Kongo hergestellt, in China zusammengesetzt und in den USA überwacht wird. Sogar Jobbik-Anhänger in Ungarn tragen T-Shirts westeuropäischer Fussballteams, die afrikanische Spieler beschäftigen, und laden globale YouTube-Videos runter.

Supranationalismus: Mythos und Realität

«Nationalität hat nur Bedeutung für den Staat», hat der Schweizer Philosoph und Politiker Ignaz Paul Vital Troxler, dessen Todestag sich soeben zum 150sten Mal jährt, um 1830 geschrieben. Trefflich gesagt, aber mehr Postulat denn Realität. Umgekehrt hat der Staat mehr Bedeutung als nur diejenige, Träger der Nationalität zu sein. Man kann den nationalen Rechtsstaat, diesen Nährboden des Nationalismus, nicht aufgeben, ohne Vorstellungen zu entwickeln, was an seine Stelle zu setzen wäre.

Die EU ist das prominenteste Beispiel einer neuen Struktur, die sich supranational über den Nationalstaaten ansiedelt. Sie ist mehr als eine intergouvernementale Vereinbarung, da mit repräsentativ-demokratischen Institutionen ausgestattet, aber sie ist weniger als ein voll ausgebildeter Bundesstaat, da die Kompetenzen ihrer Organisationen im Namen des Subsidiaritätsprinzips eng begrenzt bleiben.

Dabei hat die Dominanz der wirtschaftlichen Interessen in den letzten zwei Jahrzehnten die politisch-demokratischen Strukturen weiter delegitimiert. Die von Beginn an nur schlecht verankerte Gewaltentrennung wurde geschwächt. Technokratische Entpolitisierung und autoritäre Zentralisierung haben sich gegenseitig verstärkt. Insbesondere die EU-Kommission hebt die demokratische Legitimierung aus, wie Anna Jikhareva in der WOZ Nr. 29/15 gezeigt hat. Paradoxerweise haben auch die Renationalisierungstendenzen im Europäischen Rat, in dem alle Mitgliedsstaaten über eine Stimme verfügen, die Weiterentwicklung demokratischer Ansätze blockiert.

Der Euro zeigt die Konstruktionsmängel in aller Schärfe. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die jeweiligen nationalen Zentralbanken der Eurozonenländer abgelöst. Sie erfüllte aber im Falle Griechenlands die Aufgaben einer nationalen Zentralbank, den Geldfluss der nationalen Wirtschaft zu garantieren, nur mit politischen Auflagen, was ihrem eigenen Statut widerspricht.

Die Fehler der EU sind offenkundig; doch ihre Bedeutung als bürokratischer Moloch und politischer Leviathan wird vielfach überhöht. So ist die EU-Bürokratie, verglichen mit derjenigen der Nationalstaaten, weiterhin bescheiden. Das Gesamtbudget der EU mit einer Gesamtbevölkerung von 500 Millionen betrug 2015 rund 163 Milliarden Euro – das sind knapp zwei Prozent der Haushaltsausgaben aller Mitgliedsländer oder zweieinhalb mal so viel wie der Bundeshaushalt der Schweiz mit einer Bevölkerung von acht Millionen. Doch reale demokratische Defizite und bewusst geschürte populistische Vorurteile haben sich zu einer Legitimationskrise verbunden.

Transnationalismus und demokratische Chancen

Die EU ist ein neoliberales Projekt. Sie ist aber auch ein demokratiethoretisches Laboratorium. Der engagierte Europäer Jürgen Habermas hat ihr eine erstaunliche «innovative rechtschöpferische Fantasie» beim Austarieren verschiedener Entscheidungsebenen bescheinigt.

So brauchen im EU-Rat seit 2014 Erlasse nicht nur die Zustimmung von mindestens 55 Prozent der Anwesenden, sondern die Zustimmenden müssen zudem mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU repräsentieren. Auch in der Praxis von Subkomitees wird auf Minderheiten und Regionen Rücksicht genommen: Zu spezifischen Fragen stimmen unterschiedliche belgische VertreterInnen ab, je nachdem, wie die entsprechenden Fragen in ihrem Land subsidiär zwischen flämischen, wallonischen und deutschen Gruppierungen geregelt sind.

Grundsätzlich ergänzt die Unionsbürgerschaft die nationale Staatsbürgerschaft, ersetzt sie aber nicht. Sie garantiert beispielsweise Freizügigkeits- und Aufenthaltsrechte im ganzen Unionsgebiet. Während bis 1997 fürs Wahlrecht am Nationalitätsprinzip festgehalten wurde, das heisst in den einzelnen Mitgliedsländern nur die entsprechenden StaatsbürgerInnen wählen durften, besitzen seither alle EU-BürgerInnen das kommunale Wahlrecht am Ort ihrer aktuellen Niederlassung.

Der in Potsdam lehrende Schweizer Politologe Heinz Klegler fordert seit zwei Jahrzehnten eine «transnationale Staatsbürgerschaft» in einer «transnationalen Demokratie», am Beispiel der EU, aber auch darüber hinaus. Unermüdlich versucht er dies zu konkretisieren, im Zusammenbau verschiedener Ebenen, im Aufbau zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse im Zeichen der «europäischen Werte» von Öffentlichkeit und Toleranz.

Wenn das EU-Parlament nur über beschränkte Macht verfügt und deshalb ein Legitimationsproblem hat, so ist mit der 2012 in Kraft gesetzten «Europäischen Bürgerinitiative» (EBI) ein direktdemokratisches Instrument eingeführt worden. Es ist demokratisch defizitär, weil die Registrierung einer Initiative durch die EU-Kommission geprüft wird, die gerade deren Adressat ist. Bei über einem Drittel, nämlich bei 20 von 55, ist die Registrierung verweigert worden, und darin zeigt sich eine restriktive Auslegung. Weil selbst eine zugelassene Initiative nur als Anregung wirkt, ist die direkte Wirkung gering. Aber die 2014 eingereichte Bürgerinitiative «Wasser ist ein Menschenrecht!» hat immerhin eine öffentliche Debatte zur Frage der Wasserprivatisierung angestoßen, und die Form der Initiative kann über den institutionellen Rahmen hinausgehen. So wurde die Initiative gegen TTIP als offizielle EBI gestartet; doch nachdem ihr die Kommission die Registrierung verweigerte, ist sie weiter geführt worden und hat mit drei Millionen Unterschriften und als Bewegung von unten den Druck gegen den Vertrag verstärkt und zur Verzögerung eines Vertragsabschlusses beigetragen.

An solchen kleinen Schritten entscheidet sich, ob man die EU für reformfähig hält.

Globale Menschenrechte in der Krise

Neben der vom Nationalstaat repräsentierten, eher traditionellen normativen Ordnung und den globalen Handels- und Finanzmärkten ist ein weiteres normbildendes System entstanden, das sich als «Kosmos der Menschenrechte» bezeichnen liesse. Damit ist nicht nur der gleich nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende Diskurs um die Menschenrechte gemeint, sondern ein Geflecht von Organisationen, die sich mit deren Verteidigung und Umsetzung beschäftigen. Dazu gehören offizielle internationale Körperschaften wie die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) oder der Internationale Strafgerichtshof für Menschenrechte ebenso wie NGOs. Unter dem Druck der Öffentlichkeit wird die Bedeutung der Menschenrechte mittlerweile in offiziellen Diskursen (und teilweise auch Praktiken) anerkannt. Es ist nicht mehr ganz so einfach, menschenrechtliche Bedenken zu ignorieren: In Handelsverträge werden entsprechende Klauseln aufgenommen, Unternehmen geraten unter Druck, ihre Governance entsprechend anzupassen, und mediale Skandalisierungen machen Menschenrechte immer wieder zum Thema.

Durch die gegenwärtige Flüchtlingsbewegung sind Menschenrechte grundsätzlich in die Krise geraten. Auf die EU bezogen heisst dies: Wie umfassend Unionsbürgerschaft auch ausgestaltet wird, sie schliesst NichtbürgerInnen aus. Massenmigration und Flüchtlingskrise

sprengen gerade das institutionelle Gefüge. Angesichts der Massen von «Staatenlosen» zwischen den beiden Weltkriegen und der absoluten Entrechtung der jüdischen Bevölkerung durch die Nazis formulierte Hannah Arendt 1949 das bekannte Wort vom grundlegenden «Recht, Rechte zu haben». Arendt wandte sich damit auch gegen einen Katalog fixer Menschenrechte, der ihres Erachtens zu abstrakt und nicht umsetzbar, also wirkungslos sei. Dagegen gehe es immer um konkrete Rechte; als deren Grundlage diene einzig das absolute «Recht, Rechte zu haben». In der deutschen Fassung von «Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft» hat sie 1962 ganz knapp eine Konkretisierung angedeutet: Das Recht, Rechte zu haben sei «gleichbedeutend damit, in einem Beziehungssystem zu leben, in dem man auf Grund von Handlungen und Meinungen beurteilt wird». Aber ihre Kritik an einem Katalog allgemeiner Menschenrechte ist eine zu strikte Entgegensetzung. Bemerkenswerterweise enthält die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, gegen die Arendt polemisierte, in Artikel 6 ein Recht, das ihrem eigenen Vorschlag ähnelt: «Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden». Zugleich wird allerdings eine Anzahl unverbrüchlicher Rechte aufgezählt. Tatsächlich müssen sich Normativität und Konkretion ergänzen.

Migrationscharta, erneuert

An diesem Punkt hat eine der jüngsten europäischen Bewegungen von unten angesetzt. Im Februar 2014 wurde auf der italienischen Insel Lampedusa die «Charta von Lampedusa» verabschiedet, angesichts der unerträglichen Verhältnisse im Mittelmeer, wo die europäische Abschreckungspolitik Tausende von MigrantInnen aus Afrika ins Elend und in den Tod trieb und treibt. Die konkrete Erfahrung der masslos überforderten Menschen auf Lampedusa, von Bewohnerinnen und MigrantInnen, hat sich mit dem Engagement politischer AktivistInnen verbunden. Ausgehend von einer Analyse der Migrationspolitik, in der die Bewegungsfreiheit klassenspezifisch verteilt wird, werden in einem ersten Teil unverbrüchliche Freiheitsrechte für alle verlangt: Bewegungsfreiheit, freie Wahl des Aufenthaltsorts, Bleibefreiheit, Freiheit, das eigene Leben zu leben, Freiheit der Person und Freiheit zum Widerstand. In einem zweiten Teil werden jeweils Forderungen aus diesen Freiheitsrechten abgeleitet: Demilitarisierung der Grenzen und Abschaffung der diskriminierenden Grenzregimes, Organisation einer menschenwürdigen Migration, dazu Recht auf Arbeiten, Wohnen, Gesundheit sowie politische Partizipation.

In der Schweiz hat die im August 2015 aus linksreligiösen Kreisen gestartete Migrationscharta entsprechend ein Recht auf freie Niederlassung für alle gefordert. Das läuft parallel zur weltweiten Bewegung der Urban Citizenship, worauf Bettina Dytrich in der WOZ Nr. 6/16 hingewiesen hat: «Alle, die in einer Stadt leben, sollen Zugang zu den Möglichkeiten haben, die sie bietet – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.» Das erinnert ans Mittelalter, als Stadtluft frei machte. Das Land sollte freilich bei der Befreiung nicht zurückgelassen werden.

Europa von unten, divers

Peter Stüber berichtet von linken Brexit-Verfechtern in Britannien, sie hielten die EU für unreformierbar und meinten, «ein demokratisches, ökologisches Europa, in dem soziale Gerechtigkeit herrsche, sei innerhalb der EU nicht zu verwirklichen» (siehe WOZ Nr. 8/16). Aber die Vorstellung, in einem von der Sozialcharta der EU befreiten, vollkommen turbokapitalistischen Disunited Kingdom, dem womöglich das sozialer gesinnte Schottland abhanden gekommen ist, könnten solche Ziele besser durchgesetzt werden, ist mindestens so illusionär.

Dagegen definiert sich die neuste transnationale Bewegung von unten ausdrücklich im EU-Raum. «DiEM25» wurde im Februar gegründet, massgeblich vom ehemaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis angeleitet. «Die EU muss demokratisiert werden. Oder sie wird zerfallen», heisst ihr Schlachtruf und Manifest. Die Folgen eines möglichen Zerfalls werden düster beschworen, als Rückkehr des Faschismus. In einer kritischen Intervention auf der Website von Diem25 weist Slavoy Zizek diese Einschätzung als alarmistisch zurück, was ein reformistisches Einknicken begünstige. Dass nationalistische Bewegungen einige von der EU geschaffene demokratische Institutionen und Werte zurück- statt ausbauen würden, bleibt aber unbestritten.

Diem25 schlägt Reformen in drei zeitlichen Etappen vor. Erstens müssten alle Verhandlungen von EU-Rat und Zentralbank sowie die TTIP-Verhandlungen ab sofort in voller Transparenz geführt werden. Zweitens sollten innerhalb eines Jahrs die wichtigsten wirtschaftspolitischen Institutionen und Mechanismen reformiert und die neoliberale Agenda abgelöst werden. Drittens soll bis 2025 eine verfassungsgebende Versammlung einberufen werden.

Auf den Vorwurf, die neue Bewegung werde von oben, von Intellektuellen und LinkspolitikerInnen organisiert, hat Varoufakis pragmatisch geantwortet: Das stimme wohl, doch seien Beiträge verschiedenster Bewegungen arbeitsteilig nötig. Bisherige

Einschätzungen im deutschsprachigen Raum, etwa von Raul Zelik in der WOZ Nr. 6/16 oder von Michael Jäger im «Freitag» vom 15.2., argumentieren vorsichtig optimistisch. Ja, die Bewegung sei vorläufig von oben angeleitet, aber sie stelle doch die richtigen Fragen und biete erste provisorische Antworten an. Dagegen hat sich Slavoj Zizek in seinem Diskussionsbeitrag explizit gegen die Transparenzforderung gewendet, weil rechtspopulistische Bewegungen die nationalen Regierungen damit noch mehr unter den fremdenfeindlichen «Druck der Strasse» setzen könnten. Worauf er einschiebt: «Ich scheue nicht vor der Schlussfolgerung zurück, dass emanzipatorische Politik nicht von vornherein durch die formaldemokratischen Prozeduren einer Legitimierung gebunden sein sollte. Leute wissen oft NICHT, was sie wollen, oder wollen nicht, was sie wissen, oder sie wollen einfach die falschen Dinge.» Propagiert er damit die alte leninistische Avantgardepolitik? Davor scheut Zizek denn doch zurück und besänftigt, die Transparenz genüge nicht, weil es um eine radikalere Demokratisierung gehe. Schön und gut. Aber was heisst das seines Erachtens bezüglich jener Leute, die die falschen Dinge wollen? Nun: mehr Aufklärung! Was nicht ganz so anders tönt als die Vorschläge von Diem25.

Was tun?

Vier Aktionsfelder zeichnen sich ab.

- Herstellung von Transparenz. Trotz Zizeks Bedenken ist die Forderung so einfach wie radikal. Transparenz holt Politik aus den Hinterzimmern in die demokratische Aula zurück und könnte so auch die Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit befördern, die ihrerseits eine Vorbedingung demokratischer Partizipation ist. Die Forderung von Diem25, auch die TTIP-Verhandlungen öffentlich zu machen, knüpft an eine schon bestehende Bewegung an.
- Umbau des Konzepts der Staatsbürgerschaft. Diese Frage wird von der Migrationsbewegung ins Zentrum gestellt, während Diem25 sie unterbelichtet lässt. «Regularisieren statt Illegalisieren», haben Balthasar Glättli und Kaspar Surber in der WOZ Nr. 41/15 vorgeschlagen, und diese Forderung könnte in der Schweiz auf allen Ebenen des föderalistischen Systems angegangen werden. Ein Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer hat gegenwärtig politisch einen schweren Stand; aber durch die entsprechende Debatte würde die politische Partizipation der durch die «Entrechtungs-Initiative» zum Objekt gemachten und zugleich aktivierten Secondas gestärkt.
- Kampf gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP). Im TTIP verdichten sich neoliberales Freihandelsdogma und Selbstentmächtigung der Politik. Die Kampagne dagegen

ist eine der breitesten internationalen Bewegungen der letzten Jahre, sie behandelt sowohl grundsätzliche Probleme globaler Wirtschaftsbeziehungen wie handfeste Fragen etwa genetisch modifizierter Lebensmittel, und sie verbindet Lobbyarbeit mit Massenaktionen. Ein Strategie- und Aktionstag in Kassel am 27. Februar hat soeben Vorschläge für die weitere Kampagne entwickelt. Die Schweiz nimmt zwar nicht direkt an den TTIP-Verhandlungen teil, spielt aber eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen um das Dienstleistungsabkommen Tisa, das die gleichen Fragen aufwirft.

- Instrumente einer neuen Wirtschaftspolitik. In diesem Bereich könnte Diem25 am einflussreichsten werden. So hat in deren Umfeld eine neue Debatte über die Ursachen der Eurokrise begonnen, wie Mascha Madörin auf ihrem blog auf www.theoriekritik.ch referiert. Die vorherrschende linke Lehrmeinung betont, vor allem Deutschland und andere nordeuropäische Länder hätten durch gesenkte Lohnkosten die südlichen Länder in Grund und Boden konkurrenziert. Aufgrund neuer Daten behauptet nun der niederländische Ökonom Servaas Storm, in Deutschland seien die Lohnkosten nur in bestimmten Wirtschaftssektoren gesenkt worden; die Exportwirtschaft habe ihren Konkurrenzvorteil tatsächlich aufgrund technologischer Überlegenheit gewonnen. Was als Zugeständnis an nationale wirtschaftsliberale Positionen erscheinen mag, verbindet sich bei ihm allerdings mit anderen Schlussfolgerungen: Nötig sei eine tiefgreifende europäische Strukturpolitik. Solche Überlegungen mögen die Forderung nach einer Redistribution des Reichtums ergänzen, wie sie Yves Wegelin in der WOZ Nr. 9/16 skizziert hat. Aber sie stellen darüber hinaus die Frage nach einem qualitativen Wachstum, das dem verheerenden Wachstumszwang zu entkommen sucht.

März 2016